

## „Für eine solidarische Gesundheitspolitik“

Gegenwärtig werden in der Öffentlichkeit die Eckpunkte der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert. Auch wenn die Vertreter der Großen Koalition offensichtlich bemüht sind, die anstehenden Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und ohne eine umfassende Information der Öffentlichkeit zu treffen, sind einige Eckpunkte der Regierungspläne bekannt geworden.

Sollten sich diese Pläne bestätigen, so weisen die Vorhaben der Regierung in die falsche Richtung! Sie liefern nicht auf eine solidarische Reform, sondern auf die politische Zerstörung der sozialen Krankenversicherung hinaus! Einer hochwertigen und solidarischen Gesundheitsversorgung aller Teile der Bevölkerung würden die leistungsrechtlichen und finanziellen Grundlagen entzogen. Zu kritisieren und abzulehnen sind insbesondere:

- *Die Einführung eines so genannten Gesundheitsfonds mit gedeckelten Einnahmen und damit verbunden, zusätzliche "Kopfpauschalen" bei einzelnen Krankenkassen:* Vor allem Krankenkassen, deren Versorgungskosten höher als die zugewiesenen Finanzmittel sind, wären dazu gezwungen, durch zusätzliche Kopfpauschalen einseitig ihre Versicherten zu belasten. Krankenkassen hingegen, die die zugewiesenen Finanzmittel nicht ausschöpfen müssen, sollen eingesparte Gelder an die Versicherten zurückgeben können. Die Folge wäre die Zerstörung des Solidarausgleichs zwischen Jungen und Alten, Gesunden und Kranken und ihren Krankenkassen.
- *Das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages:* Dies würde den endgültigen Abschied von der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung bedeuten. Die Arbeitgeber würden dauerhaft entlastet und die zu befürchtenden zukünftigen Kostensteigerungen einseitig den Versicherten aufgebürdet.
- *Die weitere Privilegierung der privaten Krankenversicherung und der privat Krankenversicherten:* Bereits heute können sich Besserverdienende dem Solidarausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung entziehen. Es ist zu befürchten, dass diese Privilegierung der Besserverdienenden nicht nur gesichert, sondern weiter gefestigt werden soll.
- *Die Eröffnung eines schädlichen Wettbewerbs zwischen den Krankenkassen um "gute Versicherungsrisiken":* Um den Krankenkassen einen verschärften Konkurrenzkampf um Besserverdienende und überdurchschnittlich gesunde Versicherte zu ermöglichen, soll das Beitrags- und Leistungsrecht umfassend dereguliert werden. Ein solcher Wettbewerb um "attraktive Versicherte" würde die Zwei-Klassen-Medizin verschärfen und vor allem zu Lasten sozial Schwacher und chronisch Kranker gehen.
- *Die Entmachtung der Selbstverwaltung:* Über die Höhe der Einzahlungen in den Gesundheitsfonds soll der Gesetzgeber entscheiden. Dies liefe auf eine Entmachtung der sozialen Selbstverwaltung von Versicherten und

Arbeitgebern hinaus, die bisher die Beitragssätze der jeweiligen Kassen bestimmten.

Die Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg lehnt diese bisher bekannt gewordenen Eckpunkte der Großen Koalition strikt ab. Unser Motto lautet: Mehr und nicht weniger Solidarität muss Leitlinie der Reform sein! Als Alternative fordert die IG Metall seit langem die Realisierung einer solidarischen Bürgerversicherung.

Mit dem Konzept der "solidarischen Bürgerversicherung" hat die IG Metall Vorschläge unterbreitet, wie durch die Einbeziehung weiterer Personengruppen und die Ausweitung der Beitragsbemessungsgrundlagen und Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenze ein solidarische Finanzierung erfolgen kann.

Wir fordern einen Kontrahierungszwang für alle Kassen und einen morbiditätsorientierten Risikoausgleich für eine fairen Kassenwettbewerb, statt des Konkurrenzkampfes um „gute“ Risiken zu Lasten der GKV.

Wir fordern eine deutliche Stärkung von Prävention und Gesundheitsvorsorge und den Abbau von bestehender Fehl-, Über und Unterversorgung. Hierzu gehört auch die Aufhebung der Trennung von ambulanter und stationärer Behandlung. Bei Ausschöpfung der Möglichkeiten höherer Kosteneffizienz bedarf es keiner weiteren Leistungsausgrenzungen.

Und wir fordern, dass die Selbstverwaltung der Krankenkassen gestärkt wird, auch um die Markt- und Verhandlungsmacht der kassenärztlichen Vereinigungen und der Pharmaindustrie zu begrenzen.

Die IG Metall wird in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam mit dem DGB und anderen Bündnispartnern alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um für Mehrheiten für eine solidarische Gesundheitsreform zu streiten.